



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 156
28. April 2017

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die kommenden zwei Wochen werden für Deutschland politisch spannend. In Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen stehen die Landtagswahlen an. In beiden Ländern steht es kurz vor dem Wahltag Kopf an Kopf zwischen CDU und SPD. Es werden also spannende Wahlsonntage. Beiden Ländern würde der Regierungswechsel und ein CDU-Ministerpräsident gut tun.

Neben den Wahlen in den beiden Bundesländern steht auch noch die Stichwahl in Frankreich an. Dort stimmt die Bevölkerung über den zukünftigen Präsidenten ab. Auch auf dieses Ergebnis schauen wir mit Spannung. Ich hoffe, dass mit Emmanuel Macron der Kandidat gewinnt, der sich klar zu Europa und zur Deutsch-Französischen Freundschaft bekennt.

Seinen Höhepunkt wird das Wahljahr im Herbst mit der bevorstehenden Bundestagswahl erreichen. Derzeit laufen auch bei mir die Vorbereitungen für den Wahlkampf auch Hochtouren. Wer Lust und Interesse hat, meinen Wahlkampf zu unterstützen, kann sich gerne bei mir melden. Ich freue mich über jede helfende Hand und auf einen spannenden Wahlkampf!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

VERKEHR

Aktuelle Stunde im Bundestag: „Haltung der Bundesregierung zu verschärften Abgastests in Europa“

Das Thema „Abgas von Dieselfahrzeugen“ wird derzeit vielerorts emotional diskutiert. Das gilt auch für den Deutschen Bundestag. Als stellvertretendes Mitglied im Abgas-Untersuchungsausschuss bin ich mit dem Thema seit Monaten befasst. Bei der aktuellen Stunde, die am Donnerstag im Plenum stattfand, habe ich deshalb in einer Rede Stellung bezogen.

Meine Rede können Sie sich hier anschauen:

<https://dbtg.tv/fvid/7102767>



Woran krankt das bisherige Abgastestsystem?

Die Unionsfraktion hat sich in der Vergangenheit für schärfere Abgastests in Europa ausgesprochen und tut es auch heute.

Heute bewegen wir uns in einem System, in dem die effektive Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen kaum möglich ist. Die geltenden europäischen Vorschriften sind nicht mehr als der technische Minimalkonsens. Die Erkenntnisse der vergangenen Jahre haben zwei systemimmanente Probleme

ganz deutlich aufgezeigt:

Erstens: Die Formulierungen der europäischen Prüfvorschriften lassen zu viel Raum für nationale Interpretationen und legale Optimierung. Anstelle von engmaschigen Vorgaben gelten großzügige Ausnahmetatbestände. Der geltende Gesetzrahmen hat somit zu Fehlanreizen geführt, die Regeldehnung belohnen und Regeltreue bestrafen.

Zweitens: Die Vorschriften haben Wettbewerb geschaffen, wo kein Wettbewerb stattfinden sollte: Zwischen den nationalen Typengenehmigungsbehörden. Zulassungstourismus in EU-Staaten mit zahllosen Genehmigungsbehörden führt den Freizügigkeitsgedanken ad absurdum und muss unterbunden werden.

Der Fehler liegt in beiden Fällen im europäischen System und seinem Regelrahmen, nicht bei seinen Akteuren. Die Lösung hierfür kann gewiss keine europäische Superbehörde sein, wie sie jüngst auch EU-Kommissarin Bienkowska forderte. Stattdessen brauchen wir einen engmaschigen europäischen Rechtsrahmen, der Nachuntersuchungen ermöglicht und Ausnahmen zurückdrängt.

INNERE SICHERHEIT

Aktuelle Kriminalistatistik zeigt Licht und Schatten

In dieser Woche wurde die Kriminalstatistik von Bund und Ländern für das Jahr 2016 in Berlin vorgestellt. Sie führt alle Straftaten auf, die der Polizei in einem Jahr bekannt geworden sind.

Für 2016 zeigen sich dabei sowohl positive als auch negative Entwicklungen. Die Gesamtanzahl der Straftaten hat sich im Jahresvergleich kaum verändert. Insgesamt wurden in 2016 0,7% mehr Straftaten verübt. Zieht man hiervon jedoch die Verstöße gegen das Ausländerrecht (wie z.B. die unerlaubte Einreise nach Deutschland) ab, wurden 2016 weniger Straftaten als in 2015 verübt (-0,7%). Dieses Bild spiegelt sich auch in Rheinland-Pfalz wider. Insgesamt ist die Anzahl der Straftaten hier um 0,4% angestiegen. Ohne die ausländerrechtlichen Verstöße ist ein Rückgang um 3,2% zu verzeichnen.

Grund zur Sorge geben insbesondere die stark gestiegene Anzahl an schweren Gewaltdelikten (+6,7%), politisch motivierten Straftaten (+6,6%) und einfachen Körperverletzungen (+8,1%). Ebenso wenig hinnehmbar ist die wachsende Anzahl von Angriffen auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte.

Bereits in dieser Woche haben wir im Bundestag eine Reihe von Gesetzespaketen beschlossen, die diesen Entwicklungen entgegensteuern. Dazu gehört neben der Einführung der elektronischen Fußfessel für extremistische Gefährder ebenso die Neustrukturierung der IT-Infrastruktur des Bundeskriminalamts, wodurch eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gewährleistet und die Bekämpfung von extremistischen Straftaten verbessert wird. Zudem hat der Bundestag beschlossen, dass Angriffe auf Einsatzkräfte künftig härter mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden.

Besorgniserregend an den aktuellen Zahlen der Kriminalstatistik ist auch der hohe Anteil von Nicht-Deutschen und Zuwanderern unter den Tatverdächtigen. Nicht-deutsche Tatverdächtige machten in 2016 30,4% aller Tatver-

dächtigen aus (+10,9%) und Zuwanderer 8,6% (+52,7%). Menschen, die in unser Land kommen und hier schwere Straftaten begehen, haben meiner Meinung nach ihr Gastrecht verwirkt und müssen Deutschland verlassen. Auf Initiative der CDU wurde das Ausweisungsrecht in diesem Bereich bereits verschärft. Für eine konsequente Umsetzung ist es aber notwendig, dass die Bundesländer ausländische Straftäter abschieben. Leider blockieren insbesondere SPD-geführten Landesregierungen diese Maßnahmen immer wieder.

Die Kriminalstatistik zeigt aber auch

CDU fordert Mindeststrafe von einem Jahr für Wohnungseinbrüche

einige erfreuliche Entwicklungen. Die Aufklärungsquote ist mit 54% im Bundesschnitt und mit 64,9% in Rheinland-Pfalz auf einem Fünf-Jahres-Hoch. Um die Polizei bei ihrer Arbeit noch besser zu unterstützen, werden bei der Bundespolizei bis 2020 10.000 neue Stellen geschaffen und zwei Milliarden Euro in eine bessere Ausstattung investiert. Polizeiarbeit ist in der Hauptsache aber immer noch Ländersache. Um eine effektivere Verbrechensbekämpfung und -prävention zu gewährleisten, müssen daher auch die Bundesländer ihren Anteil erfüllen. Ausreichend Personal bei der Polizei ist hierfür essentiell wichtig. Rheinland-Pfalz gibt hier leider ein schlechtes Bild ab und weist mit 224 Polizisten pro 100.000 Einwohner die geringste Polizeidichte unter allen 16 Bundesländern auf. Hier ist die Landesregierung gefordert, damit die vom Bund getroffenen Maßnahmen auf Länderebene nicht verpuffen.

Eine weitere erfreuliche Entwicklung ist auch die stark rückläufige Anzahl an Wohnungseinbrüchen (bundesweit: -9,5%, Rheinland-Pfalz: -5,3%). Hier zeigt sich, dass die in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen in diesem Bereich nun eine erste positive Wirkung zeigen. Auf europäischer Ebene hat sich die Bundesregierung intensiv

für eine bessere Zusammenarbeit eingesetzt, damit multinational agierende und reisende Einbrecherbanden besser bekämpft und verfolgt werden können. Zudem wird der Einbau von Sicherheitstechniken in Privathaushalten im Rahmen eines Förderprogramms der KfW mit insgesamt 30 Millionen Euro Bundesmitteln gefördert. Auch die Polizei leistet im Rahmen von Informationsveranstaltungen hervorragende Aufklärungs- und Präventivarbeit.

Um die Anzahl der Einbrüche weiter zu verringern, setzt sich die CDU zudem dafür ein, das Strafmaß für Wohnungseinbrüche auf ein Mindestmaß von einem Jahr zu erhöhen und Telekommunikationsdaten zu speichern, wodurch beispielsweise der Standort von Tatverdächtigen geortet werden könnte. Dies würde der Polizei bei der Aufklärung von Einbrüchen helfen. Denn hier besteht nach wie vor Verbesserungsbedarf. Leider sperrt sich die SPD derzeit noch gegen diesen Vorschlag, obwohl sie im Rahmen des letzten Koalitionsgipfels bereits ihre Zustimmung gegeben hat.

Die Kriminalstatistik zeigt, dass im Bereich der Inneren Sicherheit weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Die CDU/CSU-Fraktion hat daher in dieser Woche den Tag der Inneren Sicherheit veranstaltet, um mit Experten aus allen relevanten Bereichen zu diskutieren und geeignete Reformvorschläge zu entwickeln. Damit zeigen wir, dass wir der Inneren Sicherheit die höchste Priorität einräumen.

Die Kriminalstatistik zeigt, dass im Bereich der Inneren Sicherheit weiterhin Verbesserungsbedarf besteht. Die CDU/CSU-Fraktion hat daher in dieser Woche den Tag der Inneren Sicherheit veranstaltet, um mit Experten aus allen relevanten Bereichen zu diskutieren und geeignete Reformvorschläge zu entwickeln. Damit zeigen wir, dass wir der Inneren Sicherheit die höchste Priorität einräumen.

Der Podcast zur Kriminalitätsstatistik:
<https://youtu.be/otRQmVjn3ok>

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71883
Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

INFRASTRUKTUR

Infrastrukturausbau gehört auf die Überholspur!

Deutschland besitzt als Transitland im Herzen Europas ein dichtes und hochbelastetes Netz von Straßenwegen. Dies hat zur Folge, dass die bestehenden Bundesfernstraßen an neuralgischen Punkten ausgebaut und erweitert werden müssen.

Doch oftmals drängt sich der Eindruck auf, dass Planungsprozesse in Deutschland im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarstaaten überdurchschnittlich lange dauern. Untersuchungen zeigen, dass Planungen in Österreich, der Schweiz oder den Niederlanden zügiger voranschreiten. Wo liegen die Ursachen für diese Diskrepanz?

Neben gewollten politischen Verzögerungen, die insbesondere uns Rheinland-Pfalzern allzu bekannt sind, spielt auch das komplexe deutsche Planungs-

und Umweltrecht eine Rolle. Infolge ineffizienter Verwaltungsabläufe und naturschutzrechtlicher Prüfungen vergehen oft Jahre zwischen dem Beschluss eines Projektes in Berlin und dem ersten Spatenstich.

Meiner Auffassung nach muss Deutschland Straßenprojekte von nationalem Interesse schneller umsetzen können. Daher haben wir diese Woche im Deutschen Bundestag im Rahmen der Änderung des Bundesfernstraßengesetzes die sogenannte Vorhabenliste beschlossen. Auf dieser Liste stehen 46 Ausbauprojekte auf deutschen Bundesfernstraßen, die für die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur von großer Bedeutung sind, da sie beispielsweise Engpässe auflösen. Für diese Projekte, zu denen auch der Lückenschluss der A1 gehört, sollen planungsrechtliche Ver-

einfachungen gelten, die verhindern, dass der Ausbau durch langwierige Gerichtsprozesse hinausgezögert werden kann.

Die wichtigste Vereinfachung: Als erste und einzige Gerichtsinstanz wird das Bundesverwaltungsgericht festgelegt. Umweltverbände und Bürger können nach wie vor ihre sämtlichen Anliegen vorbringen, doch zähe Gerichtsprozesse, in denen über Jahre hinweg nacheinander jede Klageinstanz ausgeschöpft wird, entfallen.

Mit dieser Gesetzesänderung erhält der Bund ein wichtiges Instrument, damit Deutschland auf zusätzliche Verkehre flexibel reagieren und unverzichtbare Verkehrsprojekte zügig umsetzen kann.

BERLIN

Luca Zwank blickt zurück auf zwei Wochen im Bundestag



Foto: Schnieder

Ich bin Schüler der 12. Klasse am Gymnasium in Bitburg und absolviere im Moment mein freiwilliges Praktikum im Abgeordnetenbüro von Herrn Patrick Schnieder MdB in Berlin. Ich war sehr

erfreut die Möglichkeit zu bekommen, zwei Wochen den Parlamentarieralltag miterleben zu dürfen. Ich bin interessiert daran, die Abläufe der Politik besser kennenzulernen. Außerdem ist

es spannend, das im Unterricht theoretisch gelernte Wissen mit der Praxis zu vergleichen. Besonders gut gefällt mir, dass man nicht die „klassischen“ Praktikantenarbeiten übernimmt, sondern als Teil des Teams in die Arbeit integriert wird. In der zweiten Woche meines Praktikums durfte ich Herrn Schnieder auf verschiedene Termine begleiten. So besuchte ich die Arbeitsgruppe für Verkehr und digitale Infrastruktur und am Folgetag den zugehörigen Ausschuss. Ein Highlight war meine Teilnahme am 9. Umweltpolitischen Dialog. Hier haben verschiedene Gäste aus Politik, Forschung und Wirtschaft zum Thema Energiewende diskutiert. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat an der Veranstaltung teilgenommen.

Am Donnerstagmittag hatte ich dann noch Gelegenheit, eine Debatte des Deutschen Bundestags zu verfolgen.

WAHLKREIS

Jetzt für den Deutschen Bürgerpreis im Eifelkreis Bitburg-Prüm bewerben



Foto: KSK Bitburg-Prüm

Unter dem Motto „Vorausschauend engagiert: real, digital, kommunal“ hat die Bewerbungsphase für den Deutschen Bürgerpreis 2017 begonnen. In diesem Jahr werden Projekte ausgezeichnet, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels neue Wege gehen.

Der Preis wird in verschiedenen Kategorien vergeben: U21, Alltagshelden und Lebenswerk. Die Kreissparkasse Bitburg-Prüm, der Eifelkreis und ich wollen mit dem Deutschen Bürgerpreis 2017 engagierte Personen, Projekte und Unternehmer würdigen, die schon heute die Zukunft vor Ort aktiv gestalten: real, digital und kommunal.

Wir freuen uns auf die Bewerbungen und darauf, die Personen kennenzulernen, die unserer Region jeden Tag ein Stück Zukunft geben.

Alle Informationen zur Bewerbung für den Deutschen Bürgerpreis im Eifelkreis gibt es auf der Webseite der Kreissparkasse: www.kskbitburg-pruem.de/buergerpreis

Informationen zum bundesweiten Bürgerpreis gibt es zudem auf der Projektwebseite: <http://www.deutscher-buergerpreis.de>

Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2017.

BERLIN

Konstruktiver Austausch mit belgischem Kollegen



Foto: Schnieder

Mit meinem belgischen Kollegen im Europaparlament, Pascal Arimont, habe ich mich in dieser Woche in meinem Berliner Büro getroffen. In unserem Gespräch ging es vor allem um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ostbelgien.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... hat selbst Regierungsversagen in Rheinland-Pfalz keine Konsequenzen.

Wer in den vergangenen Jahren die Landespolitik in Rheinland-Pfalz beobachtet hat, der kann sich eigentlich nur noch die Augen reiben, sich in den Arm kneifen und hoffen, dass er bald aus diesem Albtraum aufwacht.

Die Landesregierung unter Führung der SPD fährt ein Großprojekt nach dem anderen vor die Wand. Es entstehen große finanzielle Schäden für das Land und damit für die rheinland-pfälzischen Steuerzahler. Doch als wären es nur Penants, über die wir hier reden, hat das politische Versagen für niemanden Konsequenzen.

Seit dieser Woche liegt der Bericht des Landesrechnungshofes vor, der sich das gescheiterte Verkaufsverfahren am Flughafen Hahn genau angesehen hat. Das Ergebnis der Untersuchung ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung und insbesondere für Landesinnenminister Lewentz.

In dem Gutachten heißt es u.a.:

„Bei der Teilnahme von SYT am Bieterverfahren (...) bestanden von Anfang an Auffälligkeiten, die eine intensivere Überprüfung dieses Bieters geboten hätten.“

„Die Businesspläne, die angegebenen Kontakte sowie die Investitionsplanungen waren schon bei cursorischer Prüfung weder realistisch noch nachvollziehbar.“

„Das Innenministerium unterließ es, sich vor wesentlichen Entscheidungen im Verkaufsprozess ein eigenes Bild der Professionalität, Seriosität und Bonität der Bieter zu verschaffen.“

„Das Innenministerium stellte in seiner Vorlage an den Ministerrat vom 18. Mai 2016 die Sach- und Rechtslage im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile nicht aktuell, vollständig und differenziert dar.“

Wie man es vor sich selbst und den Menschen dieses Landes angesichts solcher Nachweise verantworten kann, auf dem Ministersessel sitzen zu bleiben, ist mir ein Rätsel.

BESUCHERGRUPPEN



In den zurückliegenden Wochen haben viele Eifeler die Hauptstadt besucht und dabei auch einen Abstecher in den Deutschen Bundestag gemacht.

Das Jugenorchester Mittelmosel (JOMM) hat zudem ein Konzert in der Mall of Berlin gespielt (Foto links). Das habe ich mir natürlich auch angehört.

Ich danke allen Gästen, die den Bundestag besucht haben und viel Interesse für meine Arbeit in Berlin gezeigt haben.



Die Auszubildenden des Gerolsteiner Brunnens



Die Klassen 9a und 9b des Thomas-Morus-Gymnasiums Daun



Das St. Willibrord-Gymnasium in Bitburg war in dieser Woche gleich mit mehreren Kursen der Oberstufe in Berlin.



An einer Reise des Bundespresseamtes haben die Landfrauen aus Bitburg in dieser Woche teilgenommen. Etwa 50 Frauen besuchten neben dem Deutschen Bundestag auch einige Ministerien und Museen in der Hauptstadt.



Der Ortsverband Osbachtal war am Freitagvormittag im Bundestag. Im Fraktionssitzungssaal der CDU/CSU haben wir uns zum Gespräch getroffen und uns über aktuelle Entwicklungen in der Bundes- und Landespolitik ausgetauscht.